

Bildungsplan 2004

Grundschule, Hauptschule, Realschule, Allgemein bildendes Gymnasium

*Innovatives
Bildungsservice*

Niveaunkretisierung
für alle Fächer/Fächerverbünde/Themenorientierten Projekte

Vorwort zu den Niveaunkretisierungen

Februar 2009



Landesinstitut
für Schulentwicklung

Qualitätsentwicklung
und Evaluation

Schulentwicklung
und empirische
Bildungsforschung

Bildungspläne

Die Niveaunkretisierungen ergänzen die Bildungsstandards und veranschaulichen an konkreten Beispielen, welche verbindlichen Anforderungen in den einzelnen Kompetenzformulierungen gestellt werden. (vgl. BP 2004 S.9 / GYM S.11)

Die Niveaunkretisierungen richten sich an die Lehrkräfte und definieren einen Leistungskorridor als Leitlinien für die Unterrichtsplanung und dienen zur Überprüfung des Unterrichtserfolges. Sie verdeutlichen also das erwartete Anspruchsniveau einzelner Kompetenzen oder einer Reihe von aufeinander bezogenen Kompetenzen (Kompetenzbündel).

Jede Niveaunkretisierung ist nach folgendem Schema aufgebaut:

- Vorbemerkungen (wenn notwendig)
- Bezug zu den Bildungsstandards
- Problemstellung
- Niveaubeschreibungen
 - Niveaustufe A
 - Niveaustufe B
 - Niveaustufe C

Die **Vorbemerkungen** enthalten didaktisch methodische Hinweise und erläutern besondere Voraussetzungen.

Der **Bezug zu den Bildungsstandards** zeigt, auf welche fachlichen und gegebenenfalls methodischen, sozialen und personalen Kompetenzformulierungen des Bildungsplanes sich die vorliegende Niveaunkretisierung bezieht.

Die **Problemstellung** beschreibt eine spezifische Unterrichtssituation an der die Schülerinnen und Schüler die in den Standards geforderten Kompetenzen erwerben können. Die Beispiele dienen der Illustration und sind weder verpflichtend noch als Unterrichts- oder Prüfungsaufgabe gedacht.

Die **Niveaubeschreibungen (A, B, C)** zeigen an den gewählten Beispielen verbindlich das – der Schulart und Jahrgangsstufe angemessene – Anspruchsniveau auf.

Die Differenzierung der Niveaustufen bezieht sich in der Regel auf die Systematik der Anforderungsbereiche:

Anforderungsbereich I	Anforderungsbereich II	Anforderungsbereich III
- Wiedergabe von Begriffen und Sachverhalten unter Verwendung von gelernten und geübten Verfahrensweisen in einem begrenzten Gebiet.	- selbstständiges Bearbeiten bekannter Sachverhalte - selbstständiges Übertragen von Kenntnissen auf neue Fragestellungen oder Zusammenhänge	- Bearbeiten komplexer Gegebenheiten, um selbstständig zu Lösungen, Begründungen, Folgerungen und Wertungen zu gelangen
A _____	B _____	C _____
A B _____	C _____	
	A _____	B C _____
A B C _____		A B C _____
	A B C _____	

Die Niveaubeschreibungen können sich auf nur einen, zwei oder drei dieser Anforderungsbereiche beziehen.

Beispielsweise können innerhalb des **Anforderungsbereichs I** die Anwendung von einfachen oder von zunehmend anspruchsvolleren Verfahrensweisen in **A, B** und **C** beschrieben sein.

Bildungsplan 2004 Allgemein bildendes Gymnasium

*Innovatives
Bildungsservice*

Niveaunkretisierung
für Gemeinschaftskunde im Rahmen des Fächerverbundes GWG
Klasse 8

**Ansätze zur Überwindung von
Benachteiligungen beider Geschlechter:
Elterngeld**

Mai 2007



Landesinstitut
für Schulentwicklung

Qualitätsentwicklung
und Evaluation

Schulentwicklung
und empirische
Bildungsforschung

Bildungspläne

(1) Bezug zu den Bildungsstandards

Bezug zum Kompetenzbereich

Die Schülerinnen und Schüler

- können politische und gesellschaftliche Sachverhalte im Lichte eigener und fremder Interessen beurteilen;
- können sich eine eigene Meinung bilden;
- können die in Texten und anderen Materialien geäußerte Meinungen hinsichtlich ihrer sachlichen Richtigkeit, der zugrunde liegenden Werthaltungen und politischen Interessen untersuchen;
- sind fähig zum Perspektivwechsel;
- können zwischen eigenen Interessen und sozialer Verantwortung abwägen.

Sachkompetenzen/Inhalt(e)

Die Schülerinnen und Schüler können

- Ansätze zur Überwindung spezifischer Benachteiligungen beider Geschlechter darstellen und beurteilen.

(2) Problemstellung

Die Bundesregierung will mit der Einführung des Elterngeldes mehr Väter dazu bewegen, eine Babypause einzulegen. Ab 2007 sollen Eltern Neugeborener dann für vierzehn Monate bis zu 67 Prozent des Netto-Einkommens erhalten. Damit Familien das Geld in voller Höhe bekommen, soll nach Vorstellung der Ministerin Ursula von der Leyen (CDU) auch der Vater mindestens zwei Monate Elternzeit nehmen. Die Höchstgrenze des Elterngeldes liegt nach bisherigen Planungen bei 1.800 Euro. Auf das neue Gesetz gibt es gesellschaftliche Reaktionen aus unterschiedlichen Perspektiven.

Die Schülerinnen und Schüler analysieren und beurteilen auf der Grundlage der Materialien 1-3 die Erfolgsaussichten des Gesetzes zum neuen Elterngeld.

(3) Niveaubeschreibung

Niveaustufe A

Die Schülerin/der Schüler beurteilt die Erfolgsaussichten des neuen Gesetzes, indem sie/er die Materialien nacheinander beschreibt und deren wesentliche Aussagen erfasst.

Niveaustufe B

Die Schülerin/der Schüler beurteilt die Erfolgsaussichten des neuen Gesetzes, indem sie/er in einem einleitenden Teil das neue Gesetz zum Elterngeld und seine Zielsetzung erläutert. Im Hauptteil werden die Materialien analysiert und deren wesentliche Aussagen differenziert nach Pro und Contra erläutert. Die eigene Meinung schließt die Beurteilung ab.

Niveaustufe C

Die Schülerin/der Schüler beurteilt die Erfolgsaussichten des neuen Gesetzes, indem sie/er in einem einleitenden Teil das neue Gesetz zum Elterngeld und seine Zielsetzung erläutert. Im Hauptteil werden die Materialien analysiert und deren wesentliche Aussagen differenziert nach Pro und Contra erläutert. Dabei berücksichtigt sie/er auch die jeweils dahinter stehenden Interessen. Die eigene Meinung schließt die Beurteilung ab.

Material 1:

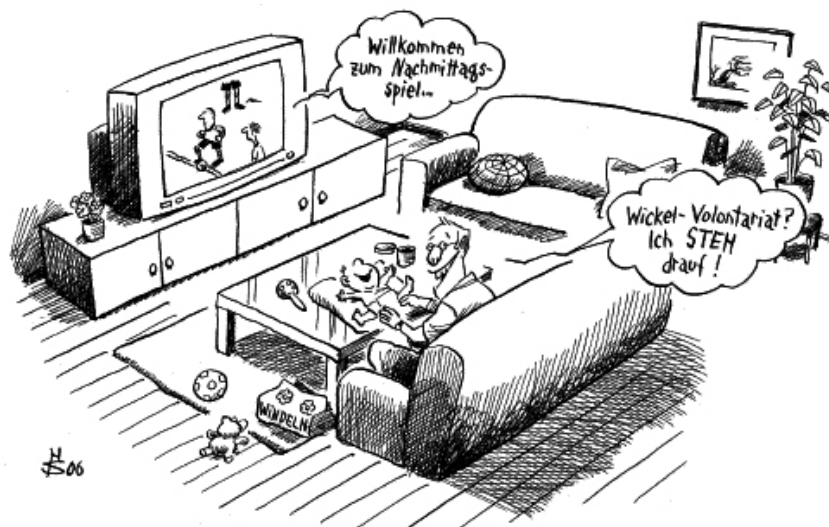
Pressemitteilung der Bundesministerin für Familie, Frauen, Senioren und Jugend vom 02.05.2006
<http://www.bmfsfj.de/Kategorien/Presse/pressemitteilungen,did=75322.html>

"Heute ist ein guter Tag für die jungen Familien in Deutschland. Die Beschlüsse zeigen, dass es ein gemeinsames Anliegen der Gesellschaft ist, dass Kinder erzogen werden", begrüßt Bundesministerin Ursula von der Leyen den Beschluss des Koalitionsausschusses zum Elterngeld.

- 5 "Die Familie wächst und der Einkommensverlust wird deutlich abgemildert", so die Bundesministerin. "Das Elterngeld schafft einen Schonraum für Eltern, sich Zeit für Kinder zu nehmen, ohne finanziellen Einbruch verkraften zu müssen. Es signalisiert, dass Beruf und Kindererziehung Hand in Hand gehen. Junge Eltern können sich mit dem Elterngeld 14 Monate lang Zeit nehmen, um in die Rolle von Vater und Mutter
- 10 hineinzuwachsen – erstmals ohne finanzielle Sorgen", sagt von der Leyen. [...] Das Elterngeld gibt jungen Vätern ein starkes Argument an die Hand, sich Zeit für ihr Kind zu nehmen. [...]
- Das Elterngeld mildert Familienarmut ab. Denn insbesondere Alleinerziehende und Geringverdiener profitieren vom Elterngeld. Sie schöpfen die Höchstgrenze von 67
- 15 Prozent voll aus. Alleinerziehende haben durch das Elterngeld weiterhin ihr Einkommen, fallen nicht in Sozialhilfe. Sie erhalten das Elterngeld 14 Monate, da sie Vater- und Muttermonate erfüllen.
- "Gerade die Mehrkindfamilie braucht Unterstützung, deshalb wird es den Geschwisterbonus geben", hebt von der Leyen hervor. "Ist die Zeit zwischen zwei Geburten
- 20 zu kurz, um Arbeit wieder aufzunehmen, schafft der Geschwisterbonus finanziellen Freiraum", erklärt die Bundesministerin. [...]
- Das Elterngeld ist eine Maßnahme, die es Eltern gemeinsam mit dem Ausbau der Kinderbetreuung und der verbesserten steuerlichen Absetzbarkeit der Kinder-
- 25 betreuungskosten erleichtern soll, den Alltag zu bewältigen. Anderen europäischen Ländern ist es gelungen, durch das Elterngeld die Geburtenrate stabil zu halten, bzw. zu erhöhen. [...]
- Das Elterngeld soll am 1. Januar 2007 in Kraft treten.

Material 2:

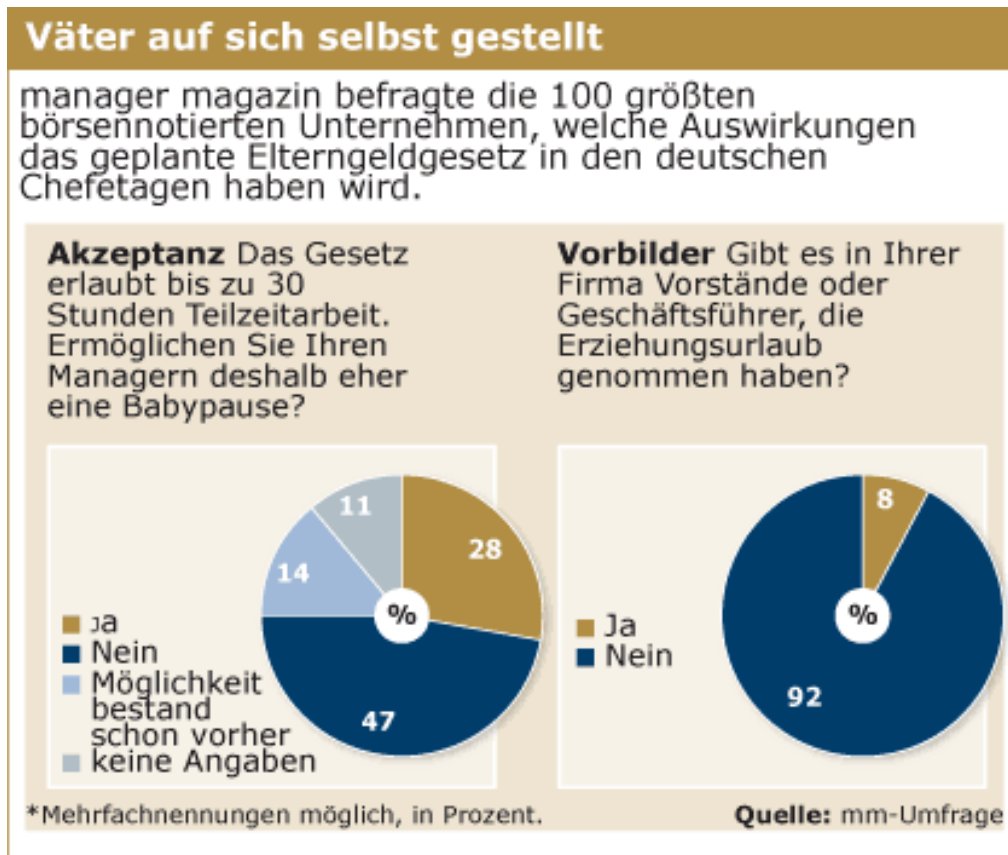
(Quelle: www.sakurai-cartoons.de)



„Schon bei der nächsten EM“, © Heiko Sakurai, 15.6.2006

Material 3:

(Quelle: <http://www.manager-magazin.de/magazin/artikel/0,2828,422781-2,00.html>)



Bildungsplan 2004 Allgemein bildendes Gymnasium

*Innovatives
Bildungsservice*

Niveaunkretisierung
für Gemeinschaftskunde im Rahmen des Fächerverbundes GWG
Klasse 8

Koedukation

Mai 2007



Landesinstitut
für Schulentwicklung

Qualitätsentwicklung
und Evaluation

Schulentwicklung
und empirische
Bildungsforschung

Bildungspläne

Vorbemerkungen

Die Betrachtung der Chancengleichheit von Jungen und Mädchen in der Schule eignet sich besonders gut zur Analyse und Beurteilung von geschlechterspezifischen Benachteiligungen, da das Thema sich einerseits auf einen unmittelbaren und wesentlichen Lebensbereich der Jugendlichen bezieht und sich andererseits im Rahmen der Koedukation tatsächlich Argumente zur Benachteiligung von Jungen als auch von Mädchen ergeben.

(1) Bezug zu den Bildungsstandards

Bezug zum Kompetenzbereich

Die Schülerinnen und Schüler

- können einfache gesellschaftliche Sachverhalte und Probleme unter Anleitung untersuchen und darstellen;
- können diese im Lichte ihrer eigenen und fremden Interessen beurteilen;
- sind zunehmend in der Lage, die in Materialien geäußerten Meinungen hinsichtlich ihrer sachlichen Richtigkeit zu untersuchen.

Sachkompetenzen/Inhalt(e)

Die Schülerinnen und Schüler können

- Ansätze zur Überwindung spezifischer Benachteiligungen beider Geschlechter darstellen und beurteilen.

(2) Problemstellung

Die Schülerinnen und Schüler überprüfen die Aussagen der Karikatur in M 1.

(3) Niveaubeschreibung

Niveaustufe A

Die Schülerin/der Schüler beschreibt und analysiert die Karikatur in ihren Grundzügen.

Dazu benennt er/sie das Thema „Koedukation“ und führt einzelne Argumente für bzw. gegen die Koedukation von Jungen und Mädchen an.

Eine abschließende Beurteilung der Aussage der Karikatur erfolgt maßgeblich aus der eigenen Geschlechtsperspektive.

Niveaustufe B

Die Schülerin/der Schüler beschreibt und analysiert die Karikatur umfassend.

Dabei erläutert er/sie die Vor- und Nachteile der Koedukation und bezieht den in der Karikatur angesprochenen Zeitvergleich mit ein.

Die Beurteilung der Aussage der Karikatur schließt die allgemeine Perspektive beider Geschlechter mit ein.

Niveaustufe C

Die Schülerin/der Schüler beschreibt und analysiert die Karikatur systematisch.

Dabei erörtert er/sie das Thema „Koedukation“ im Zeitvergleich.

Die Beurteilung der Aussage der Karikatur erfolgt sowohl unter Einbeziehung persönlicher Erfahrungen in der Schule als auch aus der gesellschaftlichen Perspektive.

Material 1: (Quelle: CCC / www.c5.net)



Bildungsplan 2004 Allgemein bildendes Gymnasium

*Innovatives
Bildungsservice*

Niveaunkretisierung
für Gemeinschaftskunde/GWG
Klasse 8

**Beteiligung an der demokratischen
Willensbildung in der Schule (SMV)**

November 2005



Landesinstitut
für Schulentwicklung

Qualitätsentwicklung
und Evaluation

Schulentwicklung
und empirische
Bildungsforschung

Bildungspläne

(1) Bezug zu den Bildungsstandards

Allgemeine Kompetenzen

Die Schülerinnen und Schüler

- können einfache politische [...] Sachverhalte und Probleme [...] untersuchen und darstellen.

Methodische Kompetenzen

Die Schülerinnen und Schüler

- können Texte und Materialien, die der politischen Teilhabe dienen, erstellen;
- verfolgen sach- und situationsgerecht unterschiedliche kommunikative [...] Absichten (Darstellung, Appell, Argumentation).

Sachkompetenzen

Die Schülerinnen und Schüler können

- Möglichkeiten zur Beteiligung an der demokratischen Willensbildung in Schule und Gemeinde beschreiben.

(2) Problemstellung

Eine Gruppe von gewählten Klassensprechern möchte das Engagement der Schülerinnen und Schüler in der Schülermitverantwortung (SMV) stärken und konzipiert dazu ein Plakat, das die Beteiligungsmöglichkeiten von Schülerinnen und Schülern am Schulleben aufzeigt und diese zu mehr Mitarbeit auffordert.

(3) Niveaubeschreibung

Niveaustufe A

Die Schülerin/der Schüler benennt einige bestehende Mitwirkungsmöglichkeiten im unmittelbaren Umfeld (z.B. Klasse) auf einem Plakat und berücksichtigt dabei den Bezug auf die Mitschülerinnen und Mitschüler in der Klasse.

Niveaustufe B

Die Schülerin/der Schüler erfasst die wesentlichen bestehenden Mitwirkungsmöglichkeiten auf einem ansprechenden adressatenbezogenen Plakat. Eine einfache erläuternde Darstellungsform (z.B. Schaubild) wird mit einbezogen. Weitere Partizipationsrechte werden ansatzweise mit reflektiert.

Niveaustufe C

Die Schülerin/der Schüler erfasst die bestehenden Mitwirkungsmöglichkeiten vollständig auf einem ansprechenden adressatenbezogenen Plakat mit appellativem Charakter. Eine erläuternde Darstellungsform (z.B. Schaubild) wird mit einbezogen. Weitere Partizipationsrechte werden mit reflektiert.

Bildungsplan 2004 Allgemein bildendes Gymnasium

*Innovatives
Bildungsservice*

Niveaunkretisierung
für Gemeinschaftskunde im Rahmen des Fächerverbundes GWG
Klasse 8

**Demokratie in der Gemeinde –
Teilhabe und Mitwirkung Jugendlicher am
Willensbildungsprozess:**

Beteiligung Jugendlicher in der Gemeinde

Mai 2007



Landesinstitut
für Schulentwicklung

Qualitätsentwicklung
und Evaluation

Schulentwicklung
und empirische
Bildungsforschung

Bildungspläne

(1) Bezug zu den Bildungsstandards

Stellung des Faches

Angesichts nationaler und internationaler Veränderungsprozesse erhalten politisch-gesellschaftliches und ökonomisches Grundwissen sowie die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, sich in unserem demokratischen System zu orientieren und zu engagieren, eine besondere Bedeutung. [...] Deshalb ist die Verankerung von Kompetenzen, welche die aktive Teilnahme im politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Bereich ermöglichen, für unser Gemeinwohl unabdingbar.

Die Schülerinnen und Schüler

- sollen sich ihrer Rechte und Pflichten bewusst werden und selbstständig denkende, rational urteilende und sozial verantwortlich handelnde Staatsbürgerinnen und Staatsbürger werden.

Methodische Kompetenzen

Die Schülerinnen und Schüler können

- einfache politische Sachverhalte und Probleme unter Anleitung untersuchen und darstellen. Sie können diese im Lichte ihrer eigenen und fremder Interessen beurteilen [...].

Methodische Kompetenzen, die durch das Fach Gemeinschaftskunde gefördert werden, dienen der Wahrnehmung und Analyse politisch-gesellschaftlicher Vorgänge sowie der Beurteilung politischer Teilhabemöglichkeiten.

Die Schülerinnen und Schüler können Texte und Materialien, die der politischen Teilhabe dienen, erstellen.

Soziale und personale Kompetenzen

Personale Kompetenzen fördern die Teilhabe am politischen Prozess.

Die Schülerinnen und Schüler

- erkennen Möglichkeiten zur politischen Teilhabe und Mitbestimmung.

Sachkompetenzen/Inhalt(e)

Die Schülerinnen und Schüler können

- den Zusammenhang zwischen den Interessen Jugendlicher und politischen Entscheidungen auf kommunaler Ebene darstellen;
- Möglichkeiten zur Beteiligung an der demokratischen Willensbildung [...] in der Gemeinde beschreiben.

(2) Problemstellung

Die Schülerinnen und Schüler beschreiben und beurteilen, ausgehend von M 1, die Möglichkeiten Jugendlicher, eigene Interessen im kommunalen Bereich zu organisieren und in den politischen Willensbildungsprozess der Gemeinde einzubringen.

(3) Niveaubeschreibung

Niveaustufe A

Die Schülerin/der Schüler

- beschreibt die Möglichkeiten Jugendlicher, eigene Interessen im kommunalen Bereich zu organisieren und in den politischen Willensbildungsprozess der Gemeinde einzubringen, indem sie/er die Mitwirkung der Jugendlichen in der Jugendpartei Peto (M 1) darstellt;
- geht dabei über M 1 nicht hinaus;
- vermag die Operatoren „beschreiben“ und „beurteilen“ nur in Ansätzen zu differenzieren.

Niveaustufe B

Die Schülerin/der Schüler

- beschreibt die Möglichkeiten Jugendlicher, eigene Interessen im kommunalen Bereich zu organisieren und in den politischen Willensbildungsprozess der Gemeinde einzubringen, indem sie/er die Mitwirkung der Jugendlichen in der Jugendpartei Peto (M 1) darstellt und darüber hinaus weitere Möglichkeiten der Teilhabe Jugendlicher (z. B. Jugendgemeinderat) benennt;
- kann die Operatoren „beschreiben“ und „beurteilen“ differenzieren. Der Schwerpunkt der Untersuchung liegt dabei aber auf der beschreibenden Ebene.

Niveaustufe C

Die Schülerin/der Schüler

- beschreibt die Möglichkeiten Jugendlicher, eigene Interessen im kommunalen Bereich zu organisieren und in den politischen Willensbildungsprozess der Gemeinde einzubringen, indem sie/er die Mitwirkung der Jugendlichen in der Jugendpartei Peto (M 1) darstellt und benennt darüber hinaus weitere Möglichkeiten der Teilhabe Jugendlicher (z.B. Jugendgemeinderat);
- kann die Operatoren „beschreiben“ und „beurteilen“ differenzieren. Sie/er kommt dabei zu einem begründeten und differenzierten Urteil.

Material 1:

Im Jugendstil. – Schüler gründen eine Partei und ziehen damit in den Stadtrat einer Kleinstadt ein. Gibt's nicht? Gibt's doch.

Zuerst erschienen in: fluter, Jugendmagazin der Bundeszentrale für politische Bildung, Nr. 11, Juni 2004, S. 16, gekürzte Version.

- Als Daniel Zimmermann die SMS mit den ersten Hochrechnungen bekam, konnte er es kaum fassen: sechs Prozent für seine Partei Peto. Das würde reichen für den Einzug in den Stadtrat von Monheim, einer Kleinstadt zwischen Leverkusen und Köln. Es reichte, am Ende waren es sogar 6,1 % der Stimmen, fast vier Prozentpunkte vor der FDP und nur 0,2 hinter den Grünen.
- 5 Seitdem sitzen zwei Peto-Vertreter im 40-köpfigen Monheimer Stadtrat. Mit diesem Erfolg hatten weder Daniel noch seine drei Freunde gerechnet, als sie sich im Dezember 1998 bei einem Mitschüler trafen. Sie wollten etwas Sinnvolles organisieren, konkretere Pläne gab es nicht. Am Ende war es eine Jugendpartei, und da sie gerade das Lateinum abgelegt hatten, nannten sie sie Peto – lateinisch für „Ich fordere“. Bis dahin hatten Daniel und seine Freunde sich politisch
- 10 nicht engagiert. Daniel hatte sogar den Politikunterricht in der Schule abgewählt, weil er ihn langweilig fand. Doch dann kam die Idee mit der Partei. Sie erkundigten sich, wie eine Partei-gründung funktioniert, und als 1999 in Nordrhein-Westfalen das aktive Wahlalter bei Kommunalwahlen auf 16 Jahre herabgesetzt wurde, rechneten sie sich bei den nächsten Stadtratwahlen eine Chance aus. [...]
- 15 Mittlerweile sind viele Mitschüler aus Daniels Otto-Hahn-Gymnasium in Monheim in die Partei eingetreten, 132 Mitglieder sind sie insgesamt. Das Fraktionsbüro von Peto liegt im Rathaus auf dem Flur, auf dem auch SPD und CDU ihre Räume haben. [...] Für Sascha, der Jura studiert, bedeutet Peto eine Zwanzig-Stunden-Woche – die Sitzungen in den Ausschüssen und im Rat, außerdem trifft sich fast jeden Sonntag der harte Kern im Fraktionsbüro. Dort wird besprochen,
- 20 welche Anträge Peto einbringt und wie mit den Anträgen anderer Fraktionen umgegangen wird: [...]
- „Es war ein enormer Erfolgsdruck“, sagt Sascha, unsere Mitglieder erwarteten, dass alle intern abgemachten Anträge auch sofort im Stadtrat eingebracht würden“. Aber so schnell funktioniert Politik nicht. Und zwei Stimmen im Rat sind keine Mehrheit – umso wichtiger deshalb: für
- 25 Ideen werben, verhandeln und versuchen zu überzeugen. „Wir wollen gleich das machen, was wir für richtig halten“, sagt Sascha. Für richtig hält Peto zum Beispiel: ein Jugendcafé, erweiterte Nachtbuslinien, günstigere Bustickets für Jugendliche, mehr Radwege. Das Jugendcafé war die erste Forderung von Peto im Stadtrat. (...). „Hat man die nötigen Stimmen zusammen, muss die Verwaltung prüfen, die Räumlichkeiten besichtigen und alles juristisch absichern.“ Nerven
- 30 kostet es manchmal auch, andere Politiker zu überzeugen, etwas für Jugendliche zu tun. „Wenn zur Debatte steht, ein bestimmtes Kulturangebot oder eine Veranstaltung für Jugendliche zu bezuschussen, fällt in der Regel die Wahl auf die Kulturveranstaltung, die die Mehrheit im Stadtrat selbst gut findet“, sagt Daniel. Das sei oft nicht das, was sich Jugendliche gewünscht hätten.
- 35 Vielleicht klappt es doch noch mit der Einweihung des Jugendcafés, bevor im September wieder Kommunalwahlen anstehen. Das würde sich gut machen im Wahlkampf. Daneben bewegt Daniel und Sascha vor allem die Werbung neuer junger Mitglieder. Die meisten sind so wie Daniel und Sascha älter als zwanzig. Zu alt für eine Schülerpartei, finden beide. Die Chancen für einen Generationswechsel stehen nicht schlecht, allein in den letzten acht Wochen kamen
- 40 zwölf neue Mitglieder dazu. Die Erfolgsstrategie? „Wir haben mit einem Eiswagen einige hundert Eiskugeln verteilt“, sagt Daniel – dazu gab es Beitrittsformulare. „Aber“, ergänzt er, „man muss aktiv auf Jugendliche zugehen, ihnen wirkliche Anreize bieten.“ Denn: „Wenn Jugendliche zwei Jahre im Ortsverband einer Partei in der letzten Reihe sitzen“, sagt Sascha, „die Hände unterm Hintern und den Mund halten müssen, dann kommen sie nie.“

Bildungsplan 2004

Allgemein bildendes Gymnasium

*Innovatives
Bildungsservice*

Niveaunkretisierung
für Gemeinschaftskunde im Rahmen des Fächerverbundes GWG
Klasse 8

**Demokratie in der Gemeinde:
Kommunale Entscheidungskompetenzen**

September 2009



Landesinstitut
für Schulentwicklung

Qualitätsentwicklung
und Evaluation

Schulentwicklung
und empirische
Bildungsforschung

Bildungspläne

Vorbemerkungen

Zur korrekten Bearbeitung dieser Problemstellung müssen im vorausgegangenen Unterricht die entscheidenden Gremien in den Gemeinden in Baden-Württemberg (Gemeinderat, (Ober-)Bürgermeister) behandelt worden sein.

(1) Bezug zu den Bildungsstandards

Leitgedanken zum Kompetenzerwerb

Die Schülerinnen und Schüler sollen auf der Grundlage solider Kenntnisse Einsichten in politische und rechtliche Zusammenhänge gewinnen. Sie sollen sich ihrer Rechte und Pflichten bewusst werden.

KOMPETENZERWERB

Die Schülerinnen und Schüler

- können einfache politische Sachverhalte darstellen;
- verfügen über grundlegende Methoden und Möglichkeiten um Veränderungen zu bewirken;
- können Materialien, die der politischen Teilhabe dienen, erstellen.

Kompetenzen und Inhalte

2. DEMOKRATIE IN DER GEMEINDE – TEILHABE UND MITWIRKUNG JUGENDLICHER AM WILLENSBILDUNGSPROZESS

Die Schülerinnen und Schüler können

- kommunale Entscheidungskompetenzen an einem Beispiel darstellen.

(2) Problemstellung

Die Schülerinnen und Schüler erstellen eine Grafik zur Entscheidungsfindung der Landesgartenschau in Villingen-Schwenningen 2010.

(3) Niveaubeschreibung

Niveaustufe A

Die Schülerinnen und Schüler nennen wesentliche Entscheidungsinstanzen in der Gemeinde und erstellen eine Grafik, in der diese Instanzen aufgelistet werden.

Niveaustufe B

Die Schülerinnen und Schüler nennen die Entscheidungsinstanzen in der Gemeinde in einer oder zwei Grafiken und stellen ihr Beziehungsgeflecht mit Hilfe von geeigneten Symbolen (z. B. Pfeile) dar.

Niveaustufe C

Die Schülerinnen und Schüler nennen die Entscheidungsinstanzen in der Gemeinde und stellen ihr Beziehungsgeflecht mit Hilfe von beschrifteten Symbolen (z. B. Pfeile) in einer Grafik dar. Dabei verwenden sie Fachbegriffe.

Material

25.07.05

Bürgerentscheid gescheitert

Von: Pressestelle

**Mehrheit stimmt für die Landesgartenschau –
Erneuter Beschluss des Gemeinderats erforderlich**

- 1 Villingen-Schwenningen. Der Bürgerentscheid zur Landesgartenschau 2010 in Villingen-Schwenningen ist gescheitert. Die Mehrheit, 13 843 Stimmberechtigte (56,5 Prozent), entschieden sich im Sinne des Gemeinderatsbeschlusses und damit für die Durchführung der Landesgartenschau. 43,5 Prozent (10 658 Wähler) stimmten gegen die Landesgartenschau und für die Aufhebung des Gemeinderatsbeschlusses. Um den Gemeinderatsbeschluss vom 11. Mai 2005 zu kippen, wäre eine Mehrheit von mindestens 30 Prozent [Anmerkung: Regelung galt bis 2005] der gesamten Wahlberechtigten, rund 18 000 Stimmen, erforderlich gewesen.
- 5 „Was passiert ist, ist einmalig im Land. Die Bürger haben sich für die Landesgartenschau und damit für die Zukunft von Villingen-Schwenningen entschieden“, kommentierte Oberbürgermeister Dr. Rupert Kubon das Ergebnis des Bürgerentscheids und gratulierte den Bürgern zu dieser Entscheidung. „Die Landesgartenschau ist das wichtigste Zukunftsprojekt, das die Stadtentwicklung entscheidend voranbringen und damit auch die Lebensqualität in der Stadt noch steigern wird.“ Er kündigte an, alles dafür zu tun, die Stadt weiter zusammenzuführen. Mit den Initiatoren des Bürgerentscheids strebt Kubon eine gute Zusammenarbeit an. Er werde entsprechende Zeichen setzen.
- 15 Die Wahlbeteiligung betrug 40,8 Prozent. Bei der Kommunalwahl im vergangenen Jahr waren 41,4 Prozent der Wahlberechtigten an die Urnen gegangen. Da der Bürgerentscheid nicht erfolgreich war, muss nach den Vorgaben der Gemeindeordnung der Gemeinderat die Angelegenheit nochmals entscheiden. Grundlage für die erneute Beschlussfassung am Mittwoch, 27. Juli, ist der bereits im Mai mit deutlicher Mehrheit aller Fraktionen gefasste Beschluss. Oberbürgermeister Dr. Kubon ist überzeugt, dass das Gremium dem Votum der Bürgerschaft folgen wird.
- 20 Die Landesgartenschau und die flankierenden städtebaulichen Maßnahmen sind mit 25 32,5 Millionen Euro Gesamtkosten veranschlagt. Davon werden 19 Millionen Euro über Zuschüsse und Einnahmen finanziert. Die Kalkulation geht von 500 000 Besuchern und jährlichen Folgekosten in Höhe von 100 000 Euro aus.

Quelle: http://www.villingen-schwenningen.de/Pressemitteilungen-D.42+M59c024737b1.0.html?&tx_ttnews%5Barc%5D=1&tx_ttnews%5BpL%5D=2678399&tx_ttnews%5BpS%5D=1120168800&tx_ttnews%5Btt_news%5D=510

Gemeindeordnung für Baden-Württemberg

in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Oktober 1983 (GBl. S. 578, ber. S. 760), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung kommunalverfassungsrechtlicher Vorschriften vom 27. Juli 2005:

§ 21

Bürgerentscheid, Bürgerbegehren

(6) Bei einem Bürgerentscheid ist die gestellte Frage in dem Sinne entschieden, in dem sie von der Mehrheit der gültigen Stimmen beantwortet wurde, sofern diese Mehrheit mindestens 25 vom Hundert der Stimmberechtigten beträgt. Bei Stimmgleichheit gilt die Frage als mit Nein beantwortet. Ist die nach Satz 1 erforderliche Mehrheit nicht erreicht worden, hat der Gemeinderat die Angelegenheit zu entscheiden.

Bildungsplan 2004 Allgemein bildendes Gymnasium

*Innovatives
Bildungsservice*

Niveaunkretisierung
für Gemeinschaftskunde im Rahmen des Fächerverbundes GWG
Klasse 8

Gruppenprozesse

Juli 2008



Landesinstitut
für Schulentwicklung

Qualitätsentwicklung
und Evaluation

Schulentwicklung
und empirische
Bildungsforschung

Bildungspläne

(1) Bezug zu den Bildungsstandards

Bezug zum Kompetenzbereich

Die Schülerinnen und Schüler

- gewinnen auf der Grundlage solider Kenntnisse Einsichten in gesellschaftliche Zusammenhänge;
- können einfache gesellschaftliche Sachverhalte und Probleme untersuchen und darstellen;
- können diese im Lichte ihrer eigenen und fremden Interessen beurteilen;
- verfügen über Möglichkeiten, um Veränderungen zu bewirken;
- verfolgen sach- und situationsgerecht unterschiedliche kommunikative Absichten;
- sind fähig zum Perspektivwechsel.

Sachkompetenzen/Inhalt(e)

Die Schülerinnen und Schüler können Chancen und Gefahren bei Gruppenprozessen erörtern.

(2) Problemstellung

In jeder Gruppe, egal ob Kinder oder Erwachsene, finden laufend Gruppenprozesse statt. Diese zu beobachten, ist bei Zeltlagern und anderen Jugendfreizeiten nicht selten wichtig.

Die Schülerinnen und Schüler ergänzen den Leitfaden für Betreuer von Kinder- und Jugendfreizeiten (Material) um Handlungsansätze für Betreuer bei den einzelnen Phasen des Gruppenprozesses. Sie beschreiben dabei, wie sich die Betreuer am besten verhalten sollen.

(3) Niveaubeschreibung

Niveaustufe A

Die Schülerin/der Schüler benennt Einzelmaßnahmen zur Förderung des Gruppenprozesses (z.B. Kennenlernspiel in der Anfangsphase) und begründet ansatzweise seine Vorgehensweise.

Niveaustufe B

Die Schülerin/der Schüler benennt Einzelmaßnahmen zur Förderung des Gruppenprozesses und begründet ihre/seine Vorgehensweise (z.B. Kennenlernspiel in der Anfangsphase zum Abbau von Ängsten bzw. zur Förderung positiver Erfahrungen).

Niveaustufe C

Die Schülerin/der Schüler charakterisiert die Bedürfnisse in der jeweiligen Gruppenphase, benennt Einzelmaßnahmen zur Förderung des Gruppenprozesses und begründet ihre/seine Vorgehensweise in diesem Kontext (z.B. In der Anfangsphase sollten die Kinder sich beschnuppern können, die Betreuer sollten ihnen helfen, Ängste abzubauen. Klare Regeln und eine gute Programmplanung erleichtern den Kennenlernprozess. Kennenlernspiele, Kontakt- oder Partnerspiele helfen dabei).

(4) Material:

Aus einem Ratgeber für Betreuer von Kinder- und Jugendfreizeiten.

(nach: <http://www.kindererholung.com/gruppenphasen.html>)

Gruppenphasen

In jeder Gruppe, egal ob Kinder oder Erwachsene, finden laufend Gruppenprozesse statt.

Anfangs- und Orientierungsphase

Die Anfangsphase kennzeichnet sich besonders dadurch, dass die einzelnen Teilnehmerinnen und Teilnehmer untereinander noch sehr unsicher sind. Nicht selten sind Clownereien, aber auch die Wahrung von Distanz und Schutz, sowie anfängliche Zurückgezogenheit zu beobachten. Kinder haben meist noch keine festen Bindungen, zeigen Ihnen gewohnte Verhaltensmuster und zeichnen sich durch geringe Übernahmen von Verantwortung aus. Andere Teilnehmer werden schnell in „Schubladen“ (Alleswiserin, Dummkopf) gesteckt. Geltende Normen in der Gruppe (Wie spricht man?) werden gesucht, Betreuer (und Grenzen) ausgetestet. [...]

10 Machtkampf- und Kontrollphase

Im Vordergrund stehen Rivalitäten, es bilden sich Sympathien und Aggressionen. Besonders die Betreuer werden in „Kämpfe“ mit hineingezogen. Es wird von den Gruppenmitgliedern eine Rangordnung in der Gruppe erkämpft. Die Beziehungen unter den Kindern kennzeichnen sich besonders dadurch, dass sie persönlicher werden. Kinder gehen dazu über, anstatt „sich künstlich zu geben“, (wieder) alltägliches Verhalten zu zeigen. Es werden mehr Gefühle gezeigt, jeder versucht, das Gruppengeschehen zu beeinflussen. Dabei kommt es nun auch zu Rangeleien um Führungspositionen innerhalb der Gruppe. Betreuer werden kritisiert und deren Tätigkeiten in Frage gestellt / diskutiert.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer reagieren kritisch, teils erobert, teils ablehnend, um das eigene Territorium abzustecken, schließen sich zusammen, führen Statuskämpfe und Verteidigungsmanöver. Letztlich geht in dieser Phase alles darum, dass Kinder ihren „Platz“ finden wollen und müssen. [...]

Vertrauensphase

Langsam kennen die Kinder einander ganz gut. Sie wissen die Vorlieben der anderen Teilnehmer, wer was gerne macht, wie andere Kinder in bestimmten Situationen reagieren und haben in der Gruppe Umgangsregeln etabliert. Bekannte Gesichter und Regeln vermitteln den Kids Sicherheit und möchten deshalb auch möglichst nicht verändert werden. Es ist die Zeit, in der die Gruppe gerne demonstriert, dass sie zusammengehört und dabei versucht, sich gegen andere Gruppen und/oder Institutionen erstmals abzugrenzen. [...]

30 Differenzierungs- und Ablösephase

In dieser Phase ist das „Wir-Gefühl“ am stärksten: Kinder heben sich ab und spielen ihre eigene Rolle, jedes Mitglied steht stark hinter der Gruppe, bzw. die Gruppe hinter jedem ihrer Mitglieder. Die Gruppe hat erkannt, dass jedes Kind mit seiner Meinung für ihr Weiterbestehen wichtig ist. Auseinandersetzungen und Konflikte werden auf sachlicher und nicht mehr auf emotionaler Ebene ausgetragen. Sie werden so gelöst, dass es zum Wohle aller ist. Auch Entscheidungen werden sachlich abgewogen.

Die Gruppe ist nun eine wirkliche Gruppe. Alle Mitglieder haben ihren Platz. Sie ist stark und hat auch keine Probleme, neue Mitglieder aufzunehmen, wenn diese sich in den Prozess einfügen und den aufgestellten Gruppenregeln anpassen. Die Kindergruppe sucht Kontakt zu anderen Gruppen. Sie möchte sich in der Öffentlichkeit präsentieren und ist in dieser Phase zu großen Leistungen fähig. [...]

Jede Freizeit geht einmal zu Ende und braucht einen Abschluss. Die Kinder sind einander näher gekommen, ihre Lebensumstände haben sich verändert, es gibt neue Interessen und Ziele.

- 45 Die Trennungsphase ist von widerstreitenden Gefühlen begleitet: Trauer, dass eine schöne Zeit vorbei ist, Unruhe, weil anderes interessanter geworden ist, Unsicherheit, weil unklar ist, was „danach“ kommt, vielleicht auch Erschöpfung, weil fast alles gespielt ist und die Beziehungen alltäglich geworden sind.

Bildungsplan 2004 Allgemein bildendes Gymnasium

*Innovatives
Bildungsservice*

Niveaunkretisierung
für Gemeinschaftskunde/GWG
Klasse 8

**Kinder und Jugendliche in Familie
und Gesellschaft: Familienformen**

März 2006



Landesinstitut
für Schulentwicklung

Qualitätsentwicklung
und Evaluation

Schulentwicklung
und empirische
Bildungsforschung

Bildungspläne

(1) Bezug zu den Bildungsstandards

Methodische Kompetenzen

Die Schülerinnen und Schüler

- verfolgen sach- und situationsgerecht unterschiedliche kommunikative (...) Absichten (Darstellung, Appell, Argumentation).

Soziale und personale Kompetenzen

Die Schülerinnen und Schüler

- sind fähig zum Perspektivwechsel;
- können zwischen eigenen Interessen und sozialer Verantwortung abwägen.

Sachkompetenzen

Die Schülerinnen und Schüler können

- das Spannungsfeld zwischen Selbstverwirklichung und sozialen Erwartungen beschreiben;
- Erziehungsziele unterscheiden und bewerten;
- Lebensformen in unserer Gesellschaft beschreiben und vergleichen.

(2) Problemstellung

Material 1:

Ein neues Zuhause?

Gründe dafür, dass Kinder ein neues Zuhause suchen, lassen sich vielfältige nennen: Unfall der Eltern oder aber auch: Eltern verlassen ihre Kinder, Kindesmissbrauch. Was soll mit den Kindern geschehen?

Vier Alternativen:

- 5 (1) Wird ein neues Zuhause für ein Kind oder einen Jugendlichen gesucht, denken die zuständigen Behörden zunächst an nahe Verwandte. Für Tina (15) und Ben (8) kommen hier Onkel Jörg und Tante Renate, die zwei etwa gleichaltrige Kinder haben, in Frage. Leider wohnen sie 400 km von Tinas und Bens Zuhause entfernt.
- 10 (2) Möglich wäre auch, dass Tina zu ihrer Freundin Sabine (15) zieht und Ben zu seinem Freund Michael (9). Michael lebt mit seiner Mutter und seiner Schwester (2) allein zusammen. Tina und Ben könnten langfristig adoptiert werden.
- (3) Das Jugendamt der Stadt hat es andererseits schnell ermöglicht, den beiden Geschwistern Plätze in einer so genannten Familiengruppe im städtischen Kinderheim zu besorgen.
- 15 (4) Möglich wäre auch die Unterbringung in einem teuren Internat am Bodensee. Zum Glück verfügen bzw. verfügten die Eltern über ein dafür ausreichendes Vermögen.

(Quelle: TERRA GWG Gemeinschaftskunde Wirtschaft 1/2 für BW, Ausgabe für Gymnasien, ISBN 3-623-21840-5, Klett-Perthes Verlag GmbH Gotha und Stuttgart, 2004, S. 13)

Die Schülerinnen und Schüler entwerfen auf der Grundlage von Material 1 einen konkreten Fall und entscheiden sich für eine der in Material 1 genannten Lösungsalternativen. Sie begründen ihre Entscheidung in einem Gutachten für das Familiengericht.

(3) Niveaubeschreibung*Niveaustufe A*

Die Schülerin/der Schüler

- benennt eine konkrete Ursache für die geschilderte Lage der Kinder und beschreibt die wesentlichen Umstände;
- begründet ihre/seine Entscheidung für eine Lösungsalternative mithilfe von teilweise lose gesammelten Argumenten;
- fixiert ihre/seine Argumente additiv in einem Gutachten.

Niveaustufe B

Die Schülerin/der Schüler

- entwirft einen realistischen konkreten Fall und schildert die damit verbundenen familiären Umstände vollständig;
- begründet ihre/seine Entscheidung für eine Lösungsalternative und erörtert wesentliche Kriterien;
- erstellt ein adressatenbezogenes Gutachten.

Niveaustufe C

Die Schülerin/der Schüler

- entwirft einen realistischen konkreten Fall, schildert die damit verbundenen familiären Umstände vollständig und klar strukturiert;
- begründet ihre/seine Entscheidung für eine Lösungsalternative und erörtert wesentliche Kriterien. Sie/Er reflektiert dabei insbesondere die Funktionen der Primärsoziologie;
- erstellt ein klar strukturiertes und adressatenbezogenes Gutachten.

Bildungsplan 2004

Allgemein bildendes Gymnasium

*Innovatives
Bildungsservice*

Niveaunkretisierung
für Gemeinschaftskunde im Rahmen des Fächerverbundes GWG
Klasse 8

Emanzipation

Mai 2007



Landesinstitut
für Schulentwicklung

Qualitätsentwicklung
und Evaluation

Schulentwicklung
und empirische
Bildungsforschung

Bildungspläne

(1) Bezug zu den Bildungsstandards

Bezug zum Kompetenzbereich

Die Schülerinnen und Schüler können

- können politische und gesellschaftliche Sachverhalte und Probleme untersuchen und darstellen;
- können diese im Lichte ihrer eigenen und fremder Interessen beurteilen;
- unterscheiden zwischen konstatierenden, erklärenden und wertenden Urteilen;
- können Texte, die der politischen Teilhabe dienen, erstellen (z.B. Leserbriefe);
- sind fähig zum Perspektivwechsel.

Sachkompetenzen/Inhalt(e)

Die Schülerinnen und Schüler können

- das Spannungsfeld zwischen Selbstverwirklichung und sozialen Erwartungen beschreiben;
- Lebensformen in unserer Gesellschaft beschreiben und vergleichen.

(2) Problemstellung

Die Schülerinnen und Schüler verfassen aus der Perspektive einer berufstätigen kinderlosen Frau einen Antwortbrief auf den Artikel von Eva Hermann (Material 1).

(3) Niveaubeschreibung

Niveaustufe A

Die Schülerin/der Schüler erfasst einzelne Aspekte aus der Textvorlage (M 1) und beschreibt dazu die Haltung einer berufstätigen kinderlosen Frau. Die Textform des Leserbriefs ist erkennbar.

Niveaustufe B

Die Schülerin/der Schüler erfasst wesentliche Aspekte aus der Textvorlage (M 1) und beschreibt passend dazu die Haltung einer berufstätigen kinderlosen Frau. Die Perspektive wird durchgängig eingehalten. Der Leserbrief trägt appellative Züge und reflektiert die Interessenlage beider Perspektiven.

Niveaustufe C

Die Schülerin/der Schüler erfasst die wesentlichen Aspekte aus der Textvorlage (M 1). Dabei ist eine Hierarchisierung der Thesen erkennbar. Die Perspektive der berufstätigen kinderlosen Frau ist durchgehend erfasst. Der Leserbrief hat durchgehend appellativen Charakter und akzentuiert thesenartig die Interessenlagen im Vergleich.

Material 1:

Die Emanzipation – ein Irrtum? Von Eva Hermann

(In: Cicero Nr. 5 / 2006, http://www.cicero.de/97.php?ress_id=7&item=1111)

- Die Deutschen sterben aus – und das könnte daran liegen, dass der Feminismus die Frauen zwischen widersprüchlichen Rollenanforderungen zerrieben und für die Mutterrolle unbrauchbar gemacht hat. So lautet die provokante These einer berufstätigen Mutter. [...]
- 5 Wir Frauen kommen nicht drum herum: Jetzt müssen wir uns selbst einmal kritisch betrachten und nach unserem Handeln als Frau in all unserer Verantwortung fragen. [...] Die Frau der unmittelbaren Gegenwart ist in aller Regel aktiv, berufstätig, selbstständig und verdient meist ihr eigenes Geld, ganz gleich, ob sie gebunden ist oder nicht. Zu ihrem selbstverständlichen Sein gehören Autonomie und als höchstes
- 10 Ziel die Selbstverwirklichung. Wenn es darüber hinaus zeitlich passt und ein adäquater Partner in der Nähe ist, denkt sie eventuell auch über Kinder nach. Eventuell. Kinder sind für sie eine Option, keine Selbstverständlichkeit. [...] Die Frau von heute ist im Stechschritt unterwegs, um die heterogenen [unterschiedlichen] Lebensinhalte unter einen Hut zu bringen.
- 15 Hieraus muss unweigerlich folgern, dass sie keinem der genannten Bereiche in seinen Ansprüchen gerecht werden kann. Weder in der Karriere noch in der Küche ist die Frau voll handlungsfähig, Partner und Kind kommen ebenfalls zu kurz. Nie war Zeit kostbarer als heute – und knapper. So sehen wir die Frau der Moderne durch ihr Leben hetzen, und immer ist sie unzufrieden mit dem Ergebnis. [...]
- 20 Die berufliche Karriere von Frauen stockt und erleidet deutliche Einbrüche vor, während und nach der Schwangerschaft. [...] Und es werden, wie erwähnt, erschreckend wenige Geburten verzeichnet. [...] So zieht eine hoch zivilisierte Kultur wie die unsere sich selbst den Boden unter den Füßen weg, die Basis, die uns Halt im täglichen Überlebenskampf geben könnte: die intakte Familie.
- 25 Vor etwa acht Jahren, ich war gerade selber Mutter geworden, lud man mich in eine Talkshow ein, bei der es um das Thema „Frauen und Beruf“ ging. [...] Und seit jenem Tag bewegt mich eine Frage, die provozierend sein mag, doch längst überfällig ist: Haben berufstätige Frauen von heute – zu denen ich ja auch gehöre – wirklich das Recht auf unbegrenzte Selbstverwirklichung oder war die Emanzipation ein fataler Irrtum? [...]
- 30 Der Mann steht in der Schöpfung als der aktive, kraftvolle, starke und beschützende Part, die Frau dagegen als der empfindsamere, mitfühlende, reinere und mütterliche Teil. In den zurückliegenden Jahrtausenden richtete die Menschheit ihre Lebensform nach dieser Aufteilung aus, die Rollen waren klar definiert.
- 35 Der Mann ging zur Jagd, später zur Arbeit und sorgte für den Lebensunterhalt der Familie, die Frau kümmerte sich um das Heim, den Herd, die Kinder und stärkte ihrem Mann den Rücken durch weibliche Fähigkeiten wie Empathie, Verständnis, Vorsicht. Aus dieser Zeit stammt das volksmündliche Sprichwort, dass hinter jedem erfolgreichen Mann eine kluge Frau stehe.
- 40 Welche Gnade sich in dieser schöpfungsgewollten Aufteilung findet, kann man heute nur noch selten beobachten. Wenn sie aber eingehalten wird, so hat das in aller Regel dauerhafte Harmonie und Frieden in den Familien zur Folge. Kinder, die in einem funktionierenden Biotop familiärer Stabilität aufwachsen – mit der anwesenden Mutter –, bringen durch diese Prägung auch für ihre eigene, künftige Familien-
- 45 planung eine bindungsfähigere, solidere Basis mit. Ihre Persönlichkeit ist nachweislich selbstsicherer und stabiler. [...] Seit einigen Jahrzehnten verstoßen wir Frauen zunehmend gegen jene Gesetze, die das Überleben unserer menschlichen Spezies einst gesichert haben. Wir missachten sie, weil wir glauben, uns selbst verwirklichen zu müssen und mindestens genauso gut zu sein wie Männer. [...]
- 50 Dabei sollten sich umgekehrt die so genannten Vorzeigefrauen zur Abwechslung auf den Prüfstand stellen und sich fragen lassen, welche Ziele sie eigentlich leiten. Die ehrliche Antwort wäre: Es sind Selbstgefälligkeit und Eitelkeit. [...]

Bildungsplan 2004

Allgemein bildendes Gymnasium

*Innovatives
Bildungsservice*

Niveaunkretisierung für Gemeinschaftskunde
im Rahmen des Fächerverbundes GWG
Klasse 8

Möglichkeiten für die Sicherung des ökologischen Gleichgewichts

Juli 2007



Landesinstitut
für Schulentwicklung

Qualitätsentwicklung
und Evaluation

Schulentwicklung
und empirische
Bildungsforschung

Bildungspläne

(1) Bezug zu den Bildungsstandards**Bezug zum Kompetenzbereich**

Die Schülerinnen und Schüler

- ergänzen und erweitern schrittweise ihre Fähigkeiten zur Recherche;
- sind zunehmend in der Lage, die in Texten und anderen Materialien geäußerten politischen Meinungen hinsichtlich ihrer sachlichen Richtigkeit, der zugrunde liegenden Werthaltungen und politischen Interessen zu untersuchen;
- kennen die fachspezifischen Methoden sozialwissenschaftlichen Arbeitens (Informationsbeschaffung, Informationsverarbeitung, Präsentation);
- können zwischen eigenen Interessen und sozialer Verantwortung abwägen.

Sachkompetenzen/Inhalt(e)

Die Schülerinnen und Schüler können

- Möglichkeiten für die Sicherung eines weltweiten ökologischen Gleichgewichts darstellen und beurteilen.

(2) Problemstellung

Die Schülerinnen und Schüler erstellen eine Präsentation über die Möglichkeiten von Econautix (Material 1 und www.econautix.de) zur Sicherung eines weltweiten ökologischen Gleichgewichts.

(3) Niveaubeschreibung*Niveaustufe A*

Die Schülerin/der Schüler analysiert die Homepage von Econautix, indem sie/er die Initiatoren benennt und in einer Präsentation deren Aktivitäten auflistet.

Niveaustufe B

Die Schülerin/der Schüler analysiert die Homepage von Econautix, indem sie/er die Initiatoren benennt, ihr Anliegen beschreibt und einen Gesamtüberblick über deren Aktivitäten gibt. Die Präsentation schließt ab mit einer Beurteilung der Initiative bzw. deren Aktivitäten. Es liegt eine nachvollziehbare Gliederung zugrunde.

Niveaustufe C

Die Schülerin/der Schüler analysiert die Homepage von Econautix, indem sie/er die Initiatoren benennt, ihr Anliegen beschreibt und einen Gesamtüberblick über deren Aktivitäten gibt. Es liegt eine nachvollziehbare und adressatenbezogene Gliederung zugrunde. Die Präsentation beinhaltet eine Beurteilung der Initiative bzw. deren Aktivitäten. Dabei werden sachliche Richtigkeit der Aussagen von Econautix und die den Aussagen zugrunde liegenden Werthaltungen geprüft.

Material 1:

Homepage der Jugend im BUND e.V.

http://www.econautix.de/site/econautixpage_81.php

Wer wir sind...

- Wir, die Jugend im Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUNDjugend), sind die Initiatoren von Econautix.de, dem größten deutschsprachigen Jugend-Umweltportal. Ein Team von acht BUND-Jugendlichen hat in zwei Jahren parallel zu Schule oder Uni Econautix.de aufgebaut. Der Weg zum Web-Auftritt war hart, aber erfolgreich.
- Seit dem das Portal im Mai 2002 online gegangen arbeitet eine stetige wachsende freie MitarbeiterInnen-Belegschaft in der Redaktion mit.

10 ... und was wir wollen ...

- Gift in den Flüssen und im Meer, Klimaerwärmung, Sommersmog, systematische Tropenwaldzerstörung, Atomausstieg auf lange Zeit, strahlende Castorent Transporte und weitere ähnlich lautende Meldungen sind heute an der Tagesordnung. Dass wir Jugendlichen ein besonderes Interesse am Umweltschutz haben müssen, liegt auf der Hand: Schließlich wollen wir hier noch einige Jahre länger leben als diejenigen, die heute eher an der Zerstörung als an der Erhaltung unserer Lebensgrundlagen arbeiten. Deshalb setzen wir uns für den Schutz von Natur und Umwelt ein - mit praktischen Maßnahmen ebenso wie mit politischen Aktionen.
- 20 Über all das wollen wir auf Econautix.de berichten. Wer etwas durch die verschiedenen Bereiche von Econautix.de surft, wird so schnell merken: Umweltschutz ist nicht nur wichtig und macht Sinn, sondern auch ziemlich viel Spaß! Deswegen: Viel Spaß beim Erde retten!

Bildungsplan 2004 Allgemein bildendes Gymnasium

*Innovatives
Bildungsservice*

Niveaunkretisierung
für Gemeinschaftskunde/GWG
Klasse 8

**Problem der Nachhaltigkeit in einer
globalisierten Welt:
Magisches Dreieck der Nachhaltigkeit**

Januar 2006



Landesinstitut
für Schulentwicklung

Qualitätsentwicklung
und Evaluation

Schulentwicklung
und empirische
Bildungsforschung

Bildungspläne

(1) Bezug zu den Bildungsstandards**Allgemeine Kompetenzen**

Die Schülerinnen und Schüler

- können einfache politische, gesellschaftliche und ökonomische Sachverhalte untersuchen und darstellen.

Methodische Kompetenzen

Die Schülerinnen und Schüler

- sind bis Ende der Klassenstufe 10 zunehmend in der Lage, die in Texten geäußerten politischen Meinungen hinsichtlich ihrer zugrunde liegenden Werthaltungen und politischen Interessen zu untersuchen.

Soziale und personale Kompetenzen

Die Schülerinnen und Schüler

- können unterschiedliche kommunikative Absichten (Darstellung, Appell, Argumentation) sach- und situationsgerecht verfolgen;
- können zwischen eigenen Interessen und sozialer Verantwortung abwägen;
- berücksichtigen bei der Beurteilung von Entscheidungen deren langfristige Folgen.

Sachkompetenzen

Die Schülerinnen und Schüler können

- exemplarisch eine Gefahr für den Erhalt des ökologischen Gleichgewichts darstellen;
- Möglichkeiten für die Sicherung eines weltweiten ökologischen Gleichgewichts darstellen und beurteilen.

(2) Problemstellung

Die Schülerinnen und Schüler stellen das in M 1 beschriebene Projekt ihrer Schulöffentlichkeit vor und begründen ihre Entscheidung für oder gegen die Durchführung eines solchen Aktionsplans an ihrer Schule.

(3) Niveaubeschreibung*Niveaustufe A*

Die Schülerin/der Schüler

- beschreibt das Projekt in seinen Grundzügen;
- begründet ihre/seine Entscheidung für bzw. gegen die Durchführung des Projekts an der eigenen Schule mit in der Regel individuell geprägten Argumenten.

Niveaustufe B

Die Schülerin/der Schüler

- beschreibt das Projekt detailliert und ist auch in der Lage, den Bezug zur Lokalen Agenda 21 der Stadt herzustellen;
- begründet ihre/seine Entscheidung für bzw. gegen die Durchführung des Projekts an der eigenen Schule durch ein zielorientiertes Abwägen von Möglichkeiten und Grenzen des Projekts.

Niveaustufe C

Die Schülerin/der Schüler

- ordnet die detaillierte Beschreibung des Projekts ein in den Rahmen der Lokalen und Globalen Agenda 21;
- begründet ihre/seine Entscheidung für bzw. gegen die Durchführung des Projekts an der eigenen Schule mit Argumenten, die geprägt sind durch ein rationales Abwägen der drei Bereiche des „Magischen Dreiecks der Nachhaltigkeit“: Soziales – Ökologie – Ökonomie. Dabei werden auch Zielkonflikte mitreflektiert.

Anhang

M 1

Patenbriefe für "Bushalte Check"

"Die Sauberkeit der Haltestellen ist eine gute Visitenkarte für unseren ÖPNV", begrüßte Bürgermeister Bertram Schiebel die Initiative der Lokalen-Agenda-Gruppe ÖPNV, Schulen die Patenschaften für einzelne Buswarteallen anzuvertrauen. Zusammen mit dem Vertreter der
5 Agenda-Gruppe Götz-Eberhard Barth überreichte Schiebel den ersten Patenbrief des Projekts "Bushalte Check" der Rektorin der Schillerschule Gloria Jeuthe. Gleichzeitig werde soziales Engagement von Schülern gefordert und gefördert, betonte der Bürgermeister das zweite wichtige Ziel der Aktion.

Das gemeinsame Projekt der Stadt Esslingen und der Lokalen Agenda 21 Gruppe ÖPNV soll
10 das Bewusstsein für Sauberkeit und Ordnung wieder aufbauen und das soziale Engagement fördern. So übernehmen Schülerinnen und Schüler die Verantwortung für Bushaltestellen ihres Einzugsgebiets. Sie sorgen für Sauberkeit und tragen durch regelmäßige Informationen an das Liegenschaftsamt der Stadt zur zeitnahen Mängelbeseitigung bei.

Frau Gloria Jeuthe unterzeichnete die Patenschaft und berichtete sehr stolz über die
15 uneingeschränkte und spontane Bereitschaft der Schülerinnen und Schüler, sich für dieses Projekt zu engagieren. Frau Jeuthe ist der Ansicht, dass Verbote auf Dauer keine Lösung sind und geht daher andere Wege. Sie setzt auf die Übertragung von Verantwortung und will somit die Eigenverantwortung der Schülerinnen und Schüler stärken.

Yavuz Yigit, Memis Öztürk, Benjamin Körber und Osman Telli zählen zu den ersten "Pionieren"
20 an Berkheims Bushaltestellen. Sie kümmern sich um die Haltestellen Wiesengrund, Jakobstraße, Kronenstraße, Festo, Berkheim See, Vesperstüble und Gemeindezentrum.

Soviel soziales Engagement wird auch belohnt. So erhalten die Schülerinnen und Schüler für
ihre Initiative neben kleinen Sachpreisen von der Schule, einer Option auf den schulinternen Sozialpreis auch ein kleines Dankeschön der Stadt Esslingen. Bertram Schiebel sagte der
25 Schule eine kleine Geldprämie des Städtischen Verkehrsbetriebs für ihren Einsatz zu.

Aufgrund des spontanen Interesses der Schülerinnen und Schüler an diesem Projekt sind sich
Bürgermeister Bertram Schiebel und der Vorsitzende der Lokalen Agenda ÖPNV Karl- Ernst Scheffler einig, die Patenschaften auch auf andere Schulen in den Stadtteilen auszuweiten.

Quelle: www.esslingen.de/servlet/PB/menu/1179382/index.html

Bildungsplan 2004 Allgemein bildendes Gymnasium

*Innovatives
Bildungsservice*

Niveaunkretisierung
für Gemeinschaftskunde im Rahmen des Fächerverbundes GWG
Klasse 10

**Die besondere Rechtsstellung von Kindern
und Jugendlichen: „Taschengeldparagraph“**

Februar 2009



Landesinstitut
für Schulentwicklung

Qualitätsentwicklung
und Evaluation

Schulentwicklung
und empirische
Bildungsforschung

Bildungspläne

(1) Bezug zu den Bildungsstandards

Kompetenzerwerb

Darüber hinaus sind sie schließlich zunehmend eigenständig dazu in der Lage, Falluntersuchungen und Problemanalysen mithilfe politischer Kategorien [...] durchzuführen.

Kompetenzen und Inhalte

Die Schülerinnen und Schüler können

- die besondere Rechtsstellung von Kindern und Jugendlichen darstellen.

(2) Problemstellung

Die Schülerinnen und Schüler beurteilen den Fall (Material) und begründen, ob der Verkäufer den Motorroller zurücknehmen muss oder nicht.

(3) Niveaubeschreibung

Niveaustufe A

Die Schülerinnen und Schüler entscheiden richtig, dass der Verkäufer den Roller zurücknehmen muss. Sie verweisen dabei auf den „Taschengeldparagraphen“ (BGB).

Niveaustufe B

Die Schülerinnen und Schüler erläutern, warum der Verkäufer den Roller zurücknehmen muss und belegen dies mit dem „Taschengeldparagraphen“ (BGB). Bei ihrer Erläuterung gehen sie auch auf die Rolle der Eltern ein.

Niveaustufe C

Die Schülerinnen und Schüler erläutern unter Anwendung juristischer Fachbegriffe, dass der Vertrag schwebend unwirksam ist und der Verkäufer den Roller zurücknehmen muss, wenn die Eltern den Kauf nachträglich verhindern wollen. Sie fügen ihren Erläuterungen korrekt interpretierte Belege aus dem Taschengeldparagraphen (BGB) an. Sie bewerten die Funktion des Taschengeldparagraphen im Sinne des Jugendschutzes.

Material

Ein 16-jähriger Junge will einen Motorroller kaufen. Er hat 200 Euro durch Taschengeld und Nebenjob gespart. Da dieses Geld nicht reicht, bietet der Verkäufer einen Ratenkauf an. Der Junge unterschreibt. Bald darauf verliert er den Nebenjob und kann seine Raten nicht mehr zahlen. Daraufhin bringt er den Roller zurück.

(Quelle: Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Politik und Unterricht: Wirtschaft erfahren. Konsumenten – Unternehmen – Nachhaltigkeit. Heft 4/2007, S. 18)

Auszüge aus dem Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB)

§ 106: „Ein Minderjähriger, der das siebente Lebensjahr vollendet hat, ist [...] in der Geschäftsfähigkeit beschränkt.“

§ 107: „Der Minderjährige bedarf zu einer Willenserklärung, durch die er nicht lediglich einen rechtlichen Vorteil erlangt, der Einwilligung seines gesetzlichen Vertreters.“

§ 108: „Schließt der Minderjährige einen Vertrag ohne die erforderliche Einwilligung des gesetzlichen Vertreters, so hängt die Wirksamkeit des Vertrages von der Genehmigung des Vertreters ab [...].“

§ 110: „Ein von dem Minderjährigen ohne Zustimmung des gesetzlichen Vertreters geschlossener Vertrag gilt als von Anfang an wirksam, wenn der Minderjährige die vertragsmäßige Leistung mit Mitteln bewirkt, die ihm zu diesem Zweck oder zur freien Verfügung von dem Vertreter oder mit dessen Zustimmung von einem Dritten überlassen worden sind.“

Bildungsplan 2004 Allgemein bildendes Gymnasium

*Innovatives
Bildungsservice*

Niveaunkretisierung für Gemeinschaftskunde
im Rahmen des Fächerverbundes GWG
Klasse 10

Parteien im politischen Willensbildungsprozess

Oktober 2008



Landesinstitut
für Schulentwicklung

Qualitätsentwicklung
und Evaluation

Schulentwicklung
und empirische
Bildungsforschung

Bildungspläne

(1) Bezug zu den Bildungsstandards

Leitgedanken zum Kompetenzerwerb

Die Schülerinnen und Schüler erkennen Möglichkeiten zur politischen Teilhabe und Mitbestimmung.

Methodische Kompetenzen [...] dienen der Wahrnehmung und Analyse politisch-gesellschaftlicher und ökonomischer Vorgänge sowie der Beurteilung politischer Teilhabemöglichkeiten.

Kompetenzen und Inhalte

Die Schülerinnen und Schüler können

- die durch den Art. 21 GG verbrieftete Mitwirkung der Parteien am politischen Willensbildungsprozess benennen und erläutern;
- das Wahlrecht zum Bundestag darstellen.

(2) Problemstellung

Die Schülerinnen und Schüler setzen sich mit der Mitwirkung der Parteien beim Meinungs- und Willensbildungsprozess der Bundesrepublik Deutschland auseinander und erläutern die Einflussmöglichkeiten der Parteien auf den politischen Prozess unter besonderer Berücksichtigung des personalisierten Verhältniswahlrechts für den Deutschen Bundestag.

(3) Niveaubeschreibung

Niveaustufe A

Die Schülerinnen und Schüler beschreiben die im GG und im Parteiengesetz definierten Aufgaben der Parteien in der Bundesrepublik und erläutern das durch Erst- und Zweitstimme charakterisierte Wahlrecht zum Deutschen Bundestag.

Niveaustufe B

Die Schülerinnen und Schüler erläutern die im GG und im Parteiengesetz definierten Aufgaben der Parteien in der Bundesrepublik. Sie erläutern das personalisierte Verhältniswahlrecht zum Deutschen Bundestag und die dort mit der entscheidenden Bedeutung der Zweitstimme verankerte starke Stellung der Parteien.

Niveaustufe C

Die Schülerinnen und Schüler erläutern und beurteilen die im GG und im Parteiengesetz definierten Aufgaben der Parteien in der Bundesrepublik. Sie begründen, weshalb das personalisierte Verhältniswahlrecht zum Deutschen Bundestag mit seinem unterschiedlichen innerparteilichen Auswahlverfahren für Erst- und Zweitstimme und aufgrund weiterer Regeln wie z.B. der 5%-Klauseln die Parteien stärkt.

(4) Materialien

Material 1

Art 21 GG

(1) Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Ihre Gründung ist frei. Ihre innere Ordnung muss demokratischen Grundätzen entsprechen. Sie müssen über die Herkunft und Verwendung ihrer Mittel sowie über ihr Vermögen öffentlich Rechenschaft geben.

Material 2

Parteiengesetz

Erster Abschnitt – Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Verfassungsrechtliche Stellung und Aufgaben der Parteien

(2) Die Parteien wirken an der politischen Willensbildung des Volkes auf allen gebieten des öffentlichen Lebens mit, indem sie insbesondere auf die Gestaltung der öffentlichen Meinung Einfluss nehmen, die politische Bildung anregen und vertiefen, die aktive Teilnahme der Bürger heranbilden, sich durch Aufstellung von Bewerbern an den Wahlen in Bund, Ländern und Gemeinden beteiligen, auf die politische Entwicklung in Parlament und Regierung Einfluss nehmen, die von ihnen erarbeiteten politischen Ziele in den Prozess der staatlichen Willensbildung einführen und für eine ständige lebendige Verbindung zwischen dem Volk und den Staatsorganen sorgen.

Bildungsplan 2004 Allgemein bildendes Gymnasium

*Innovatives
Bildungsservice*

Niveaunkretisierung
für Gemeinschaftskunde im Rahmen des Fächerverbundes GWG
Klasse 10

**Recht und Rechtsprechung in der
Bundesrepublik Deutschland:
Strafmündigkeit**

November 2008



Landesinstitut
für Schulentwicklung

Qualitätsentwicklung
und Evaluation

Schulentwicklung
und empirische
Bildungsforschung

Bildungspläne

(1) Bezug zu den Bildungsstandards

Leitgedanken zum Kompetenzerwerb

Darüber hinaus sind sie schließlich zunehmend eigenständig dazu in der Lage, Falluntersuchungen und Problemanalysen mithilfe politischer Kategorien (Interesse, Gemeinwohl, Konflikt, Konsens, Kompromiss, Regelung, Herrschaft, Macht, Recht, Werteorientierung, Legitimation, Effizienz, Partizipation, Nachhaltigkeit) durchzuführen.

Kompetenzen und Inhalte

Die Schülerinnen und Schüler können

- die besondere Rechtsstellung von Kindern und Jugendlichen darstellen.

(2) Problemstellung

Die Schülerinnen und Schüler setzen sich mit der Frage nach einer Senkung des Strafmündigkeitsalters in der Bundesrepublik Deutschland auseinander. Dazu vergleichen sie die strafrechtlichen Altersgrenzen von Kindern und Jugendlichen ausgewählter Länder. (siehe Material)

(3) Niveaubeschreibung

Niveaustufe A

Die Schülerinnen und Schüler unterscheiden zivilrechtliche Volljährigkeit und Strafmündigkeitsalter und erläutern in Ansätzen deren Bedeutung. Sie erörtern ansatzweise die Frage der Herabsetzung des Strafmündigkeitsalters unter Einbezug der Altersgrenzen in anderen Ländern.

Niveaustufe B

Die Schülerinnen und Schüler unterscheiden zivilrechtliche Volljährigkeit und Strafmündigkeitsalter und erläutern ausführlich deren Bedeutung. Dabei differenzieren sie die Altersgrenzen in ausgewählten Ländern. Über Niveaustufe A hinaus erörtern sie die Frage der Herabsetzung des Strafmündigkeitsalters mithilfe einiger Kategorien (z. B. Ziele, mögliche Folgen).

Niveaustufe C

Die Schülerinnen und Schüler unterscheiden zivilrechtliche Volljährigkeit und Strafmündigkeitsalter und erläutern ausführlich deren Bedeutung. Dabei differenzieren sie die Altersgrenzen in ausgewählten Ländern. Sie erörtern die Frage der Herabsetzung des Strafmündigkeitsalters mithilfe von begründeten Kategorien (z. B. Ursachen für Straffälligkeit, Ziele, mögliche Folgen), die über Niveaustufe B hinaus zueinander in Bezug gesetzt und beurteilt werden.

Material

Vergleich der strafrechtlichen Altersgrenzen

Land	Strafmündigkeitsalter	Alter, ab dem Erwachsenenstrafrecht angewendet werden kann / muss	Zivilrechtliche Volljährigkeit (Alter)
Belgien	16 ⁱ / 18	16 / 18	18
Deutschland	14	18 / 21	18
Frankreich	10 ⁱⁱ / 13	18	18
Niederlande	12	16 / 18 / 21	18
Spanien	14	18 / 21	18
Türkei	11	15	18

Quelle: Eigene Zusammenstellung

ⁱ Nur für Straßenverkehrsdelikte

ⁱⁱ Nur erzieherische Strafen

Bildungsplan 2004 Allgemein bildendes Gymnasium

*Innovatives
Bildungsservice*

Niveaunkretisierung
für Gemeinschaftskunde im Rahmen des Fächerverbundes GWG
Klasse 10

**Einwanderung nach Deutschland:
Staatsbürgerschaftsrecht**

Februar 2009



Landesinstitut
für Schulentwicklung

Qualitätsentwicklung
und Evaluation

Schulentwicklung
und empirische
Bildungsforschung

Bildungspläne

(1) Bezug zu den Bildungsstandards

Leitgedanken zum Kompetenzerwerb

- Dem entsprechend sind die Schülerinnen und Schüler bis Ende der Klassenstufen 10 (...) zunehmend in der Lage, die in Texten und anderen Materialien geäußerten politischen Meinungen hinsichtlich ihrer sachlichen Richtigkeit, der zugrunde liegenden Werthaltungen und politischen Interessen zu untersuchen
- Im Verlauf des Fachunterrichts werden die Schülerinnen und Schüler fähig zum Perspektivwechsel.
- Der Fähigkeit, sich angesichts vielfältiger Beeinflussungsmöglichkeiten eine eigene Meinung zu bilden, muss im Fach Gemeinschaftskunde eine besondere Bedeutung zukommen.
- Auf dieser Grundlage entwickeln die Schülerinnen und Schüler (...) sozial-kommunikative Kompetenzen, die ihre Kooperationsfähigkeit fördern und zum zivilgesellschaftlichen Diskurs befähigen.

Kompetenzen und Inhalte

Die Schülerinnen und Schüler können

- die Grundzüge des deutschen Staatsbürgerschaftsrechts darstellen;
- Möglichkeiten und Probleme der Integration in einer pluralistischen Migrationsgesellschaft analysieren und fallbezogen darstellen.

(2) Problemstellung

Die Schülerinnen und Schüler setzen sich mit den Problemen von Einwanderung und Integration anhand eines konkreten Beispiels auseinander, indem sie die Bedingungen des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts (für in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern sowie für einbürgerungswillige Ausländer) nennen, aus denen sich theoretisch auch Sevim Ö.s (M 1) Anspruch auf die deutsche Staatsangehörigkeit ableiten ließe. Unter Berücksichtigung verschiedener Positionen nehmen die Schülerinnen und Schüler Stellung zu der These „*Sevim Ö. ist ein Beispiel für eine gelungene Integration*“.

(3) Niveaubeschreibung

Niveaustufe A

Die Schülerinnen und Schüler benennen die Regelungen des Staatsangehörigkeitsrechts für in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern sowie für einbürgerungswillige Ausländer.

Es gelingt ihnen ansatzweise, die Situation Sevims zu verallgemeinern. Sie verwenden aber dazu einzelne Beispiele aus den vorgegebenen Materialien.

Die Schülerinnen und Schüler gelangen zu einer ansatzweise begründeten Meinungsäußerung.

Niveaustufe B

Die Schülerinnen und Schüler benennen die wesentlichen Bedingungen des Staatsangehörigkeitsrechts, aus denen sich Sevim Ö.s Anspruch auf die deutsche Staatsangehörigkeit ableiten lässt.

Sie abstrahieren und geben die Situation Sevims wieder. Dazu stellen sie Möglichkeiten und Probleme, die sich aus dem Text M 2 ergeben (z. B. Leben in zwei Kulturen, innerfamiliäre Belastungen), dar.

Die Schülerinnen und Schüler erörtern die vorgegebene These auf der Grundlage eines Kriteriums (z. B. Integration in Schule und Freundeskreis) und gelangen so zu einer differenzierteren Stellungnahme.

Niveaustufe C

Die Schülerinnen und Schüler benennen präzise die Bedingungen des Staatsangehörigkeitsrechts, aus denen sich Sevims Ö.s Anspruch auf die deutsche Staatsangehörigkeit ableiten ließe.

Sie übertragen die Situation Sevims auf ein höheres Abstraktionsniveau, indem sie Möglichkeiten und Probleme, die sich aus dem Text M 2 ergeben (z. B. Leben in zwei Kulturen, innerfamiliäre Belastungen, Traditionen und Alltag), darstellen und beurteilen. Sie ergänzen dies um weitere Probleme (z. B. Diskriminierung, Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt).

Sie erörtern die These auf der Grundlage mehrerer Aspekte (z. B. ‚Integration‘, ‚Assimilation‘ und ‚interkulturelles Zusammenleben‘) und kommen zu einer differenzierten Stellungnahme.

Material**M 1:**

Sevim Ö. (14):

„Ich bin in Deutschland geboren, weil mein Vater vor 15 Jahren in Deutschland eine Anstellung gefunden hat. Meine Eltern besitzen seit 6 Jahren eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung. Ich bin hier aufgewachsen und besuche die 8. Klasse des Thomas-Mann-Gymnasiums in E. Die Türkei, das Geburtsland meiner Eltern, 5 kenne ich nur von Besuchen in den Ferien. Nach der Schule möchte ich Germanistik studieren und als Journalistin in Deutschland leben und arbeiten. Ich würde gerne die deutsche Staatsbürgerschaft annehmen.

10 In der Grundschule wurde ich von meinem Lehrer aufgefordert, im Klassenzimmer mein Kopftuch nicht mehr zu tragen. Also legte ich das Kopftuch zusammen mit der Jacke vor dem Zimmer ab. Trotzdem blieb ich für die Mitschüler die ‚Türkin‘. Erst durch den Schulwechsel gelang es mir, die türkische Rolle in der Schule abzugeben. Ich kleide mich jetzt in der Schule modern und gebe mich wie eine Deutsche. Doch zu Hause schlüpfte ich wieder in meine türkische Rolle, trage mein Kopftuch und unauffällige Kleidung.“

M 2:

Zwei Mitschülerinnen (14) von Sevims:

„Sevim ist unsere Mitschülerin am Thomas-Mann-Gymnasium in E. In der Schule ist sie gekleidet wie alle anderen Mädchen auch. Sie trägt z. B. im Sommer mit Vorliebe Bermudas und schminkt sich auch. Doch als wir sie zu Hause besuchten, 5 fanden wir sie ganz anders vor: dicke schwarze Strümpfe, langer schwarzer Rock, schwarze Bluse und ein schwarzes Kopftuch.

So ist die auch in ihrer Koranschule angezogen. Für uns ist das unverständlich, wie Sevims zwei so verschiedene Leben führen kann.“

(Autorentexte nach mündlichen Berichten)